

MARTIN ALIOTH
IM LABYRINTH DES BREXIT

Mephisto erklärt Faust das Hexeneinmaleins und das Buch, aus dem es von der Hexe verlesen wird, mit folgenden Worten:

„Das ist noch lange nicht vorüber,
Ich kenn' es wohl, so klingt das ganze Buch;
Ich habe manche Zeit damit verloren,
Denn ein vollkommner Widerspruch
Bleibt gleich geheimnisvoll für Kluge wie für Toren.
Mein Freund, die Kunst ist alt und neu.
Es war die Art zu allen Zeiten,
Durch Drei und Eins, und Eins und Drei
Irrtum statt Wahrheit zu verbreiten.
So schwätzt und lehrt man ungestört!
Wer will sich mit den Narr'n befassen?
Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört,
Es müsse sich dabei doch auch was denken lassen.“

Das Buch Brexit, geschrieben mit unsichtbarer Tinte, weckt vergleichbare Gedanken. Der 29. März verstrich ohne Sang und Klang, ebenso der 31. Oktober, auf dessen Einhaltung Boris Johnson doch sein Leben verpfändet hatte. Und nun sollen – zum zweiten Mal – Neuwahlen Klarheit schaffen, was mir doch sehr unwahrscheinlich erscheint. Die neue Klippe winkt am 31. Januar.

Doch beginnen wir mit den grossen Linien:

Die fünf Eckpunkte des britischen Verfassungsgefüges – die Krone, das Parlament, die Regierung, das Volk und die Justiz – sind in Bewegung geraten, dieses Pentagon ist schief geworden. Die Justiz, verkörpert durch den erst zehn Jahre alten Supreme Court, hat der Regierung verboten, ihre ausserparlamentarischen Kompetenzen, die sie von der Krone ableitet, zum Nachteil des Parlaments auszuüben. Trotz dieser peinlichen Zurechtweisung suchte die Regierung von Boris Johnson nach einem schlaun Winkelzug, um ein gültiges Gesetz zu umgehen, das ihr zwingend vorschrieb, um eine Verschiebung des

Austrittstermins zu bitten. Wie erwartet erwies sich diese Schlaumeierei als Seifenblase, das Gesuch wurde gestellt, wenn auch trotzig ohne Unterschrift.

Und am Ursprung des ganzen Brexit-Debakels steht eine weitere konstitutionelle Spannung: der Widerspruch zwischen dem Willen des Volkes, wie er am 23. Juni 2016 an der Urne ausgedrückt wurde, und dem Mehrheitswillen des im Juni 2017 gewählten, souveränen Unterhauses. Das Volk wollte damals den Brexit, das Unterhaus will ihn letztlich nicht. Wenn es des Beweises noch bedurft hätte: Referenden sind ein Fremdkörper, mit dem das britische Staatswesen nicht umgehen kann. Jedenfalls bisher. Die ungeschriebene britische Verfassung, ein Bündel aus Gesetzen, Gerichtsurteilen, Präzedenzfällen und Konventionen, stösst an ihre Grenzen. Sie ist darauf angewiesen, wie der Historiker Peter Hennessy erklärt, dass die Schalthebel der Macht von „Good Chaps“, von anständigen Kerlen, gehandhabt werden. Wenn das nicht der Fall ist, wie jetzt, dann versagen die Mechanismen.

Boris Johnson hatte seine parlamentarische Mehrheit verloren, er hatte die meisten Abstimmungen im Unterhaus verloren. Doch nachdem er endlich eine gewonnen hatte – die Eintretensdebatte für sein Brexit-Gesetz – zog er die Vorlage schmollend zurück, weil sich das Unterhaus weigerte, seinen halsbrecherischen Zeitplan für die Debatte zu billigen. - Manchmal habe ich den Verdacht, dass jemand mit einem ziemlich schrägen Sinn für Humor das Drehbuch für diese Seifenoper schreibt.

Es scheint daher passend, dass der Bürgermeister von Beaucaire, dem hochmittelalterlichen Umschlagsplatz an der Rhône, wo norditalienische und flämische Kaufleute ihre Waren austauschten, bevor der Gotthardpass eröffnet wurde, eine Ringstrasse ohne Anfang und Ende wählte, die er auf den Namen „Rue du Brexit“ taufte. – Der Brexit als Endlos-Schleife. So fühlt es sich tatsächlich bisweilen an.

Es ist inzwischen nahezu dreieinhalb Jahre her, dass die Briten mit einer Mehrheit von 51,9 Prozent den Austritt aus der Europäischen Union befürworteten. – Ich bin vielleicht immer noch zu sehr Schweizer, um die Argumentation zu teilen, dass die Briten nicht wussten, worüber sie abstimmten, dass sie mit falschen Versprechungen in die Irre geleitet wurden und dergleichen mehr. Diese Meinung hatte ich schon bei den beiden in Irland abgelehnten EU-Verträgen – Nizza und Lissabon – vertreten; dafür ist mein Respekt vor dem Willen der Stimmbürger wohl zu gross, obwohl nicht zu bestreiten ist, dass die Vorwürfe der Falschmünzerei begründet sind.

Aber die britische Regierung reagierte im Juni 2016 anders als die irische in den Jahren 2001 und 2008, anders auch als die schweizerische Politik auf das Ergebnis der Masseneinwanderungsinitiative reagiert hatte: Eine Wiederholung des Referendums kam nicht infrage, eine minimalistische Abgrenzung von der EU angesichts des knappen Resultats offenbar auch nicht. Theresa May, die im

Gefolge des Brexit-Referendums ins Premierministeramt gespült wurde, zog schon im Oktober 16 ihre roten Linien, ihre Mindestanforderungen: Die Personenfreizügigkeit müsse fallen, sagte sie damals, und die Urteile des Europäischen Gerichtshofs dürften nicht mehr gelten. Diese beiden Reizthemen sind natürlich auch den Schweizer Stimmbürgerinnen vertraut. Im britischen Falle allerdings wurde der Gerichtshof wie ein Kaninchen aus dem Zylinder gezaubert: er hatte im Abstimmungskampf keinerlei Rolle gespielt. Es war schon damals klar, dass diese rote Linie weitreichende Konsequenzen haben würde: Binnenmarkt und Zollunion mussten fallen, ebenso die Mitgliedschaft bei der Euratom und zahlreichen anderen Agenturen der EU. Mit anderen Worten: Frau May, die vor dem Referendum den Verbleib in der EU empfohlen hatte, skizzierte von Anfang an einen „harten Brexit“, wie wir es damals nannten, also einen weitgehenden Bruch mit dem Acquis Communautaire, aber nicht den vertragslosen Zustand, der heutzutage gerne als „harter“ Brexit bezeichnet wird.

Ich will hier nicht einmal versuchen, den labyrinthischen Pfad nachzuzeichnen, den die britische Verhandlungsposition seither beschritten hat. Nach dem formellen Austrittsgesuch Ende März 2017 und drei Grundsatzreden der Premierministerin einigte sich das britische Kabinett im Juli 2018 auf die so genannte Chequers-Formel für das künftige Verhältnis zur EU, im November 18 folgte dann endlich die Einigung mit der EU auf die Scheidungsmodalitäten.

Diese Unterscheidung mag nach Haarspalterei klingen, aber sie ist für das Verständnis der britischen Innenpolitik – also der permanenten Tortenschlacht, die das Unterhaus seit vielen Monaten kennzeichnet – unentbehrlich. Die EU schrieb im Juli 16 die Tagesordnung vor. Zuerst müsse der eigentliche Austritt vereinbart werden, erst dann könne man über das künftige Verhältnis reden. Das Scheidungsabkommen regelt Bürgerrechte, Geld und die irische Grenze.

Auf die irische Frage werden wir später zurückkommen. Hier nur so viel: Die Grenze zwischen der Republik Irland, die natürlich in der EU bleibt, und dem britischen Nordirland wird zur einzigen Landgrenze zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich werden. Diese Grenze war einst hoch militarisiert, die wenigen noch offenen Übergänge enthielten militärische Schikanen und bewaffnete Soldaten; die Drumlins, die Sie ja aus der Schweiz auch kennen, waren mit Beobachtungstürmen gespickt, die der Bevölkerung ins Schlafzimmer spähten. Der Europäische Binnenmarkt, der 1993 in Kraft getreten war, und, natürlich, der nordirische Friedensprozess erlaubten seit dem Beginn dieses Jahrhunderts, dass diese Grenze allmählich unsichtbar wurde. Die Insel Irland verschmolz Schritt für Schritt zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum, die technische Souveränität der britischen Krone über Nordirland wurde, wenn nicht zur Nebensache, so doch erträglich für die katholischen Nationalisten zu beiden Seiten der Grenze. Alle in Nordirland geborenen Menschen haben und behalten überdies das Anrecht auf die irische Staatsbürgerschaft, also auf einen EU-Pass.

Diese Normalisierung, dieses Zusammenwachsen wird durch den Brexit gefährdet. Das betrifft nicht nur nordirische Milchbauern, die ihre Frischmilch routinemässig in irischen Molkereien verarbeiten lassen, das betrifft nicht nur irische Pilzzüchter, die ausschliesslich britische Supermärkte beliefern, das

betrifft auch irische Patienten, die derzeit problemlos in nordirischen Spitälern in Newry oder Derry behandelt werden.

Das war die Begründung der EU, der irischen Grenze diese hohe Priorität einzuräumen. Allein, ein gewisser Widerspruch lässt sich nicht leugnen: es wäre weit einfacher gewesen, sich über den Status dieser Grenze zu einigen, wenn man schon gewusst hätte, wie das künftige, definitive Handelsverhältnis aussehen wird. Aber darüber wurde ja noch nicht einmal verhandelt. Die so genannte Politische Erklärung, die das künftige Verhältnis skizziert, war unter Theresa May ein unverbindliches, weitgehend inhaltsleeres Dokument. Unter Johnsons Vereinbarung hat sie etwas klarere, härtere Konturen erhalten.

Frau May suchte eine enge Anlehnung an die Zollunion, Boris Johnson, wie wir nun wissen, will auch aus der Zollunion austreten, um den Traum der Brexit-Anhänger zu erfüllen, ihren Heiligen Gral, ungehindert Handelsverträge mit Drittstaaten abschliessen zu können.

Das Scheidungsabkommen, das von Theresa May ausgehandelt worden war, war ein 585-seitiger, internationaler Vertrag, der vom Unterhaus und vom Europäischen Parlament hätte ratifiziert werden sollen. Sein Kernstück ist der so genannte Backstop. Der sah vor, dass das ganze Vereinigte Königreich so lange in der Zollunion verbleibe, bis eine definitive Regelung vereinbart wird, die ebenfalls eine unsichtbare Grenze in Irland gewährleistet. Nordirland allein verbleibe zusätzlich in weiten Teilen des Binnenmarktes. Dieser Backstop war zeitlich unbefristet, was ihm letztlich das politische Genick brach.

Dreimal hatte das Unterhaus dieses Scheidungsabkommen verworfen, beim ersten Mal, im Januar, erlitt die Regierung die empfindlichste Niederlage seit Menschengedenken. Diese Patt-Situation führte schliesslich dazu, dass der geplante Austrittstermin vom 29. März auf den 31. Oktober verschoben wurde. Deshalb mussten die Briten Ende Mai neue Europaparlamentarier wählen, was reichlich absurd schien. Natürlich gewann Nigel Farage, diesmal mit dem neuen Vehikel der Brexit-Partei, diesen Urnengang, so wie er dieselbe Wahl schon fünf Jahre zuvor gewonnen hatte; damals unter dem Ukip-Banner. Die Liberaldemokraten rückten auf den zweiten Platz vor, sowohl die Tories als auch Labour wurden gedemütigt.

Nun war es Zeit für den Sturz von Theresa May. Die konservative Partei verplemperte anschliessend die Sommermonate damit, einen Nachfolger zu wählen. Die Fraktion erkor Boris Johnson in der Hoffnung, er möge sie zu einem Wahlsieg führen. Als Anstandsdame wurde der fade Jeremy Hunt ebenfalls den rund 100 000 Parteimitgliedern vorgelegt. Es war bekannt, dass diese Basis grossmehrheitlich aus weissen, englischen, männlichen Senioren besteht, denen der Brexit über alles geht, selbst um den Preis, dass Schottland und Nordirland sich aus dem Königreich verabschiedeten. Deshalb wurden die Brexit-Pläne der beiden Kandidaten während des Wahlkampfes zunehmend radikal und kompromisslos. Namentlich Johnson versteifte sich darauf, der Austritt müsse am 31. Oktober erfolgen, um jeden Preis. Und: Der Backstop müsse aus dem Scheidungsabkommen entfernt werden, so wie man einen faulen Zahn zieht.

Anfang Oktober legte Johnson einseitig seinen alternativen Plan vor. Er sah vor, dass das gesamte Königreich die Zollunion verlasse. Das erforderte eine Zollgrenze in Irland, die aber, so Johnson, weitgehend elektronisch überwacht werden könne. Die irische Regierung winkt ab. Dazu war sie nicht bereit. Gemäss Johnson würde Nordirland weiterhin den Regeln des Binnenmarktes folgen; das erforderte gewisse Kontrollen in der Irischen See für britische Produkte, die nach Nordirland exportiert werden. Doch die parlamentarische Versammlung in Stormont, das nordirische Abgeordnetenhaus, das seit nahezu drei Jahren eingemottet ist, müsste dem zustimmen. Eine Übung, die dann alle vier Jahre wiederholt werden müsste.

Nur nebenbei: Es zeugt von der grenzenlosen Ignoranz der britischen Regierung, dass sie alle vier Jahre eine Runde Identitätskonflikt in Nordirland plante. Denn es ginge ja nur bedingt um den europäischen Binnenmarkt. Die Frage lautete vielmehr: wollt ihr britische oder irische Regeln?

Johnsons Plan war somit nicht ein Kompromissvorschlag für die EU sondern eine Kapitulation vor seinen eigenen Brexit-Hardlinern und der nordirischen Democratic Unionist Party, die so ein Vetorecht erhielt. Die Mehrheit der Nordiren stimmte gegen den Brexit, alle nordirischen Parteien – ausser der DUP – sind gegen Johnsons Plan, ebenso die Wirtschafts- und Bauernverbände.

Und so begannen endlich Verhandlungen mit der EU. In letzter Minute wurde ein Kompromiss erzielt, der dem Muster folgte, das die EU schon im März 2018 etabliert hatte: Nordirland bleibt sowohl im Binnenmarkt als auch in der Zollunion, die Zollgrenze verläuft durch die Irische See. So kann in der Tat die Landgrenze in Irland unsichtbar bleiben. Es war schon immer logisch, dass Kontrollen zu Wasser und in der Luft praktischer sein würden als entlang einer 500 Kilometer langen, politisch fragilen Landgrenze.

Allein, die nordirischen Unionisten hatten diese Lösung als Beeinträchtigung ihrer britischen Identität torpediert, Theresa May und Boris Johnson machten sich diese patriotische Argumentation zu eigen und begaben sich auf den langen Umweg über den Backstop; bis zu Johnsons Kapitulation.

Kaum überraschend sprangen die nordirischen Unionisten ab, sobald diese klare Andersbehandlung wieder aktuell wurde. Doch die Reihen der Tories im Unterhaus schlossen sich, und so reichte es nach einem Fehlstart mit der Unterstützung einiger Labour-Abgeordneter erstmals für eine Mehrheit im Unterhaus für irgendeinen Brexit-Plan.

Doch der Durchbruch war trügerisch: Zahlreiche Labour-Abgeordnete stimmten mit gekreuzten Fingern zu – sie wollten die Vorlage in der Detailberatung abschwächen und/oder mit einem zweiten Referendum verknüpfen. Deshalb fror Johnson das Gesetz trotzig ein und verlangte erneut Neuwahlen. Da die EU inzwischen die Verschiebung des Austrittstermins gewährt hatte, fehlten Labour die Argumente gegen ein Neuwahl. Deshalb haben wir am 12. Dezember einen Urnengang.

Bevor wir uns diese Wahl etwas genauer anschauen, möchte ich zu Irland zurückkehren. Es ist natürlich eine köstliche Ironie, dass die irische Grenze und die Haltung der irischen Regierung als dauerhaftes EU-Mitglied die Schlüsselrolle in diesem qualvollen Prozess spielten und noch immer spielen. Dorothy, meine irische Frau, schreibt dies historischen Gesetzmässigkeiten zu, also einer politischen Vergeltung für vergangenes britisches Unrecht. „What goes around comes around“, sagt sie jeweils philosophisch.

Es ist unverkennbar: Der Brexit hat nicht nur die traditionellen Spannungen in Nordirland verschärft sondern auch die eben erst besänftigten Ressentiments zwischen Irland und England neu entfacht.

„An Irishman’s imagination never lets him alone, never convinces him, never satisfies him; but it makes him that he can’t face reality nor deal with it nor handle it nor conquer it: he can only sneer at them that do, and be ‚agreeable to strangers‘, like a good-for-nothing woman on the streets.“

So klagt der Ire Laurence Doyle in George Bernard Shaws Theaterstück von 1904, „John Bull’s Other Island“.

„Die Phantasie lässt den Iren nicht in Ruhe, sie überzeugt ihn auch nicht, und befriedigt ihn nie. Aber sie hindert ihn daran, die Wirklichkeit zu erkennen, mit ihr umzugehen oder ihr zu widerstehen: er kann nur jene verspotten, die das können und dabei „Nett mit Fremden“ sein, wie eine unnütze Strassendirne.“

Hier haben wir das klassische Irland-Klischee, der Ire, der seinen Emotionen und Leidenschaften rettungslos ausgeliefert und keines rationalen Gedankens fähig ist.

Aber wir müssen nicht so weit zurückgehen. Eines der schreiendsten Beispiele, das mir je untergekommen ist, stammt aus einer irischen Feder: „Angela’s Ashes“ von Frank McCourt, „Die Asche meiner Mutter“. Hier schafft es der Autor, der einen Grossteil seines Lebens in den USA verbrachte, schon in die ersten anderthalb Seiten sämtliche Klischees einzubauen. Diese Iren sind betrunken, rothaarig, mausarm und sehr, sehr katholisch. Und natürlich regnet es in Strömen. – Ich habe den dringenden Verdacht, dass das Buch gerade deshalb so erfolgreich war in Deutschland. Es ist uns wohl, wenn Vorurteile bestätigt werden.

Doch gehen wir zurück zu Shaw – auch er ein Ire: Die angebliche Unfähigkeit der Iren, mit der Realität umzugehen. Implizit schwingt dabei natürlich mit, dass die Engländer (in Shaws Stück vertreten durch Doyles Freund Broadbent) das pure Gegenteil verkörpern: Vernunft, Pragmatismus, Nüchternheit.

Und jetzt schauen wir auf die politische und gesellschaftliche Realität der letzten vier Jahre: Brexit. Die Iren sind rational, gemessen, höflich und quer über alle Parteigrenzen hinweg einig. Sie sind grundsätzlich gegen den britischen Austritt

aus der EU, aber wenn sie ihn schon nicht verhindern können, wollen sie den Kollateralschaden minimieren.

Die Engländer dagegen – lassen wir hier mal die Schotten und die Waliser weg – sind zu Träumern und/oder verbissenen Ideologen mutiert, zu Einhorn-Züchtern, wie wir Brexit-Infizierte sagen (das fabelhafte Einhorn mag zwar anmutig und bezaubernd sein, aber es ist kaum auf freier Wildbahn anzuteffen). Die Klischees werden also auf den Kopf gestellt, die Rollen sind vertauscht.

Und das Schicksal will es, dass, wie der Zeitkritiker Fintan O'Toole unlängst feststellte, in dieser Lage die Insel Irland über mehr Einfluss auf die Geschicke der Nachbarinsel verfügt als jemals zuvor seit 1169. Der Bezug gilt dem Beginn der Eroberung Irlands durch die Normannen; pikanterweise mit päpstlicher Ermächtigung, um die Iren von ihrem ketzerischen Irrglauben abzubringen. – Kein Wunder also, dass der Brexit in Irland aufmerksamer verfolgt wird als irgendwo sonst.

Der Brexit ist ein Phänomen, das man auf den verschiedensten Ebenen erklären kann. Natürlich darf das Referendumsergebnis in einem Atemzug mit populistischen Erfolgen zu beiden Seiten des Atlantiks genannt werden. Aber das greift zu kurz.

Auf der britischen Mikro-Ebene kann und darf man die Entfremdung von der Europäischen Union auch als Bruderzwist innerhalb der Konservativen Partei interpretieren. In den 1970er-Jahren rang die Labour-Partei mit Europa, seit den 1980er-Jahren sind es die Tories. Die meist am rechten Rand des politischen Spektrums argumentierenden Boulevardmedien haben kräftig zur Dämonisierung Brüssels beigetragen. Auch seriöse Zeitungen hieben in diese Kerbe, namentlich der Daily Telegraph. Einer der Pioniere der krummen Bananen war ein gewisser Boris Johnson, der als Brüsseler Korrespondent mit viel Kreativität die absurden Seiten des europäischen Projektes lustvoll beleuchtete.

David Cameron hatte bekanntlich im Januar 2013 ein Austrittsreferendum versprochen, weil er und zahlreiche seiner Fraktionskollegen von der fremden- und europafeindlichen Ukip-Partei bedrängt wurden. Cameron erwartete nie und nimmer, dieses Versprechen einhalten zu müssen, aber als er 2015 überraschend eine kleine absolute Mehrheit errang, stand er in der Pflicht. Doch die grundsätzliche Entscheidung entsprang dem Wunsch, die Hitzköpfe in seiner eigenen Partei bei der Stange zu halten.

Das ist, wie wir inzwischen wissen, nur sehr beschränkt gelungen. Jemand hat einmal treffend die rabiateren Brexiteers mit Raubtieren verglichen. Die Hoffnung, sie zu sättigen, indem man ihnen ein blutiges Steak hinwirft, ist widersinnig, denn sie haben niemals genug und verlangen immer mehr. Als Theresa May dann im Juni 2017 mit ihrer vorgezogenen Neuwahl tollkühn ihre Mehrheit verspielte, verschärfte sich das Problem. Sie sah sich gezwungen, die

Stimmen der zehn erzprotestantischen und in vielen Fragen eher reaktionären Abgeordneten der Democratic Unionist Party aus Nordirland zu erkaufen – buchstäblich. Das war meines Erachtens eine opportunistische Fehlentscheidung aus zwei Gründen: Zum einen war es staatspolitisch unklug, dem einen konfessionellen Lager in Nordirland direkten Einfluss auf die britische Regierung zu gewähren. Zum anderen erhöhten diese zehn Abgeordneten das Gewicht der rabiateren Brexiteers innerhalb der britischen Regierung – May hatte sich ohne Not zur Geisel dieser Geisteshaltung gemacht, ohne deren Zustimmung sie ihren Brexit nicht vollstrecken konnte. Passender wäre es wohl gewesen, wenn sie schon damals Verbündete in der Opposition für einen „weicheren“ Brexit gesucht hätte.

Allein, die Interpretation des Brexit als konservativer Bruderzwist bildet auch wieder nur ein Teil der Realität ab. Ja, es stimmt, diese Brexiteers schwärmen von einem „Global Britain“, wie sie es nennen, während ihre Kritiker spöttisch von „Empire 2.0“ sprechen. Die Zahlen sprechen denn auch eine eindeutige Sprache: ein Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit der Anglosphäre kann den Austausch mit der EU nie und nimmer ersetzen. Aber es sind nicht bloss nostalgische Regungen, die mittlerweile ihre Grundlagen verloren haben, sondern auch Sehnsüchte nach einer ungebundenen Souveränität, die ja auch in der Schweiz nicht ganz unbekannt sind. Die fremden Richter, die oftmals übertrieben dargestellte Flut von Vorschriften aus Brüssel werden in einen scharfen Kontrast gestellt zum Idealbild eines souveränen britischen Parlaments, das sich von aussen nichts vorschreiben lässt. Wie dieses Ideal mit einer globalisierten Welt und integrierten Produktionsketten vereinbart werden soll, bleibt meist etwas schleierhaft. Die Schweiz kann gewiss ein Lied davon singen, wie konditional das absolute Selbstbestimmungsrecht ist, wenn es mit der Wirklichkeit zusammenprallt.

Doch auch diese Interpretation des Brexit bleibt uns eine zentrale Antwort schuldig: wie konnte diese eher elitäre und, wie gesagt, nostalgisch verbrämte Weltsicht eine Mehrheit an der Urne gewinnen? Und hier kommen wir meines Erachtens zum Kern.

Ich bin zum Schluss gekommen, dass das Referendumsergebnis nur sehr beschränkt mit der Ablehnung der Europäischen Union erklärt werden kann. Vielmehr haben die zunehmenden Ungleichgewichte und Verzerrungen innerhalb des Vereinigten Königreichs zu Spannungen geführt, die sich in diesem – für die Briten ja sehr ungewöhnlichen und seltenen – Plebiszit Luft verschafften. Es ist eine Tatsache, dass der Grossraum London wirtschaftlich und daher fiskalisch den gesamten Rest des Königreichs subventioniert. Das gilt für den Norden Englands ebenso wie für Schottland, Wales und Nordirland. Sie alle hängen mehr oder weniger existenziell am Tropf der Metropole, die eigenen Gesetzmässigkeiten gehorcht und aus allen Nähten platzt.

Rein buchhalterisch geht das einigermassen auf, weil es genug zu verteilen gibt, aber nachhaltig ist das bestimmt nicht. Die Verelendung des englischen Nordens und des walisischen Südens kann auf Dauer nicht einfach mit Geldspritzen maskiert werden.

Der Brexit selbst – obwohl er noch nicht vollzogen ist und womöglich gar nie stattfindet – hat schon tiefe Bremsspuren in der britischen Wirtschaft hinterlassen. Abgesehen von den unproduktiven Ausgaben von Firmen zur Abwendung der schlimmsten Folgen eines unregulierten Austritts sind hier die ausbleibenden Investitionen zu nennen. Wer würde denn angesichts der vorherrschenden Unsicherheit in die Zukunft investieren? Dies führte mittelbar dazu, dass die Beschäftigung Rekordhöhen erreicht hat; Firmen stellen zusätzliche Arbeitskräfte zu schlechten Bedingungen an, weil sie keine neuen Maschinen anschaffen, keine neuen Fabrikhallen bauen. Diese Praxis erklärt, wenigstens zum Teil, die bemerkenswert tiefe Produktivität der britischen Wirtschaft. Der Wachstumsanteil, der normalerweise aus steigender Produktivität resultiert, fehlt der britischen Wirtschaft gänzlich. Das wird sich so rasch auch nicht ändern.

Die britische Volkswirtschaft ist einseitiger als vergleichbare Länder auf Immobilien und Konsum gestützt. Güter-Exporte leisten keinen Wachstumsbeitrag, die verarbeitende Industrie macht nur ein Zehntel der Gesamtwirtschaft aus. Der Aussenhandel ist durch gewaltige Defizite im Güterhandel gekennzeichnet, die teilweise durch Überschüsse bei den Dienstleistungen kompensiert werden.

Es gibt andere Bremsspuren: Der Staatsapparat und die Politik sind dermassen vom Brexit absorbiert, dass alles andere über die Tischkante gefallen ist. Das gesamte Bildungswesen – Schulen und Universitäten – ist reformbedürftig, das Transportwesen ausserhalb Londons ebenso. Die Altenpflege steckt tief in der Krise und überlastet unnötig das gesamte Gesundheitswesen. Suppenküchen vermelden Rekordwerte für die darauf Angewiesenen, die mehrheitlich arbeiten, aber einfach nicht genug verdienen. Die Obdachlosenzahlen nehmen zu. - Ich hatte unlängst Gelegenheit, ein Hundeheim in Birmingham zu besuchen und kam zum Schluss, dass die Engländer ihre vierbeinigen Streuner besser behandeln als ihre Obdachlosen. - Mieten in London sind für Polizisten und Krankenschwestern unerschwinglich, was ihnen stundenlange Pendlerzeiten beschert. Doch all das ist parkiert, bis Politik und Gesellschaft über etwas anderes als Brexit reden können. Das ist der Grund, weshalb Boris Johnson seit seinem Amtsantritt Steuergelder wie Konfetti ausgibt – nun überboten von Labour. Mehr Polizisten, neue Spitäler, mehr Geld für die Schulen. Die Austerität, die seit 2010 geübte Sparpolitik, ist offiziell begraben, und das von einer angeblich konservativen Regierung.

Es gibt also breite Gesellschaftsschichten, die nicht teilhaben an den Erfolgen der britischen Wirtschaft, die regelrecht zu kurz kommen und das auch so empfinden.

Die Europäische Union präsentierte sich als Sündenbock für diese Missstände, obwohl sie keine Verantwortung für sie trägt.

Lassen sie mich eine weitere, letzte Dimension beifügen: Der Brexit war und ist ein weitgehend englisches Projekt. Schottland und Nordirland stimmten bekanntlich gegen den Austritt, Wales stimmte zwar dafür, aber es wird – ohne dass das nachzuweisen wäre – vermutet, dass englische Wähler in Wales womöglich den Ausschlag gaben. England bestimmte kraft seiner erdrückenden numerischen Überlegenheit das Endergebnis.

Und so wird der Brexit zum Kind der Identitätspolitik, der englischen Identitätspolitik. Die Schotten, die Waliser und die Nordiren als mehr oder weniger überzeugte Angehörige der irischen Nation sehen sich als Kleinstaaten, die von der Zugehörigkeit zur EU profitieren. Ihre Souveränität wird, so die Lesart, durch das grössere Ganze erweitert, nicht geschmälert. Die Engländer dagegen sehen sich anders. In ihren Augen beeinträchtigt die EU ihre politische Willensbildung. Das beruht auf Grösse, Geschichte und Mentalität.

Etwas anderes kommt hinzu: England kann in der Tat nicht für sich selbst sprechen – aber das hat nichts mit der EU zu tun. Seit Schottland und Wales 1999 und Nordirland de facto 2007 weitgehende Autonomie innerhalb des britischen Staatsverbandes erlangt haben, ist es nicht mehr möglich, die englische Identität mit der britischen gleichzusetzen, wie das 200 Jahre lang geschehen war. Die Engländer mussten sich ernsthaft fragen, wer sie denn nun seien, nachdem ihre keltischen Vettern bequeme Zuflucht in vielschichtigen Identitäten gefunden hatten, also beispielsweise schottisch/britisch/europäisch; aber ganz gewiss nicht englisch. Im Prozess der Foederalisierung des Königreichs war England bewusst ausgespart worden. Das Parlament in Westminster ist ein britisches Parlament, das vor allem Gesetze für England erlässt. Diese beabsichtigte Asymmetrie entspringt meines Erachtens zum einen dem englischen Unwillen, konstitutionell schlüssig zu denken, und zum anderen einer gewissen Überheblichkeit. Aber es ist so. Wenn sie den britisch-irischen Rat nehmen, ein Kind des Karfreitagsabkommens: Hier sind alle teilautonomen Regierungen, einschliesslich der Kanalinseln, vertreten, sowie die britische und die irische Regierung. Aber England hat nicht einmal einen Stuhl.

Schottische, walisische und nordirische Abgeordnete im Unterhaus entscheiden mit, wenn es um rein englische Angelegenheiten geht, aber umgekehrt gilt das nicht: englische Politiker haben kein Mitspracherecht bei schottischer Gesetzgebung in Holyrood. Für politisch interessierte Schweizer, die in solchen Fragen internationale Experten sind, ist diese Unschärfe stossend.

Die Suche nach der englischen Identität ist schwierig. Bis vor ein paar Jahren galt das Georgskreuz, die englische Flagge, als Merkmal der Rechtsextremen und der Fussball-Hooligans. Ich persönlich bin schon lange der Meinung, dass die englische Staatskirche, die anglikanische Church of England, sich gut dazu eignete, englische Tugenden zu verkörpern: Subtil, weise, etwas chaotisch, dogmatisch unscharf und tolerant. Aber der englische Nationalismus, der sich im Brexit-Entscheid ausdrückt, ist nicht so kuschelig; da ist viel Zorn und Abgrenzung zu spüren.

Unmittelbar nach dem Referendumsentscheid sprach ich mit John Bruton, einem ehemaligen irischen Premierminister. Er äusserte bittere Vorwürfe. Der Brexit sei das Schlimmste, was die Engländer den Iren je angetan hätten – zum mindesten seit dem Unabhängigkeitskrieg. Er benutzte schon damals den Begriff Identitätspolitik; aus irischer Sicht war die englische Handschrift klar zu erkennen. Bruton meinte, die Engländer hätten auf der Suche nach ihrer Identität beschlossen, sich im Kontrast zur Europäischen Union zu definieren, denn es sei immer leichter, sich negativ abzugrenzen.

Dieser Gegensatz fand unter den Zukurzgekommenen, wie ich vor einigen Minuten zu erklären versucht habe, einen fruchtbaren Nährboden. Wir wissen, dass ihr berechtigter Hader mit der englischen Gesellschaft nur sehr beschränkt mit der EU zu tun hat, aber das scheint irrelevant gewesen zu sein. Ja, wir können noch weiter gehen: Identitätspolitik triumphiert auch über den ökonomischen Eigennutz. Die Gegner des Brexit hatten vor dem Referendum klar übertrieben; sie bauten eine wirtschaftliche Drohkulisse auf, die im Falle eines Brexit postwendend Pech und Schwefel versprach. Das ist, wie wir schon damals ahnten, nicht geschehen. Es gab kein Notbudget, es gab keine Massenarbeitslosigkeit – eher das Gegenteil, wie wir gesehen haben -, keine Rationierung von Croissants und Guacamole. Aber es bleibt erklärungsbedürftig, weshalb der Wahlkreis Sunderland mit 61 Prozent für den Brexit stimmte, obwohl die grösste Automobilfabrik, Nissan, dort mit integrierten Lieferketten produziert. Offenbar überquert jede Kardanwelle für einen BMW-Mini den Ärmelkanal vier- bis fünfmal, bis das fertige Teil in England eingesetzt und das Auto dann in die EU exportiert wird.

In der Tat haben britische Automobilbauer, die weitestgehend in ausländischem Besitz sind, in den letzten zwei Jahren schmerzhaft Abbau-Massnahmen angekündigt. Viele von ihnen verfügen über identische Produktionsanlagen innerhalb der EU. Sie können es gegenüber ihren Aktionären nicht vertreten, ein

englisches Werk für teures Geld auf einen neues Modell umzurüsten, solange es keine Gewissheit über die künftigen, definitiven Handelsbeziehungen gibt.

Alle britischen Autobauer operieren ein „just-in-time“-Modell. Wir haben inzwischen gelernt, was das bedeutet. Bestandteile aus der EU, die in England eingebaut werden, müssen auf wenige Stunden genau angeliefert werden. Es gibt nur minimale Zwischenlager. Wenn eine grosse Fabrik Vorräte für mehrere Wochen halten wollte, müsste sie Lagerhallen in der Grösse von mehreren Fussballfeldern bauen. Das wäre teuer. Nebenbei gesagt: Vor dem 29. März, dem erwarteten Austrittsdatum, und erneut vor dem 31. Oktober, war die Lagerkapazität in Grossbritannien und Irland völlig ausgebucht. Die irische Exportfirma für Molkereiprodukte, Ornu, liefert 70-80 Prozent des in Grossbritannien konsumierten Cheddar-Käses. Vor dem Austrittsdatum verschob die Firma Zehntausende Tonnen Käse auf die Nachbarinsel, um für alle Fälle gewappnet zu sein. Inzwischen haben mehrere irische Molkereibetriebe auf Mozzarella und Emmentaler umgestellt.

Die Nahrungsmittel- und Getränke-Branche ist, was den Brexit betrifft, die Achillesferse der irischen Wirtschaft. Der Löwenanteil der riesigen irischen Exporte kommt von multinationalen Firmen, die global in den Sektoren Pharma, Chemie, Gesundheit, Elektronik, Software und dergleichen tätig sind. Sie können mit dem Brexit umgehen. Für den Nahrungs- und Genussmittelsektor aber, der überwiegend in einheimischem Besitz ist, stellt die Nachbarinsel den wichtigsten Absatzmarkt dar. Irland exportiert 90 Prozent seiner Produktion, 37 Prozent davon gehen nach Grossbritannien, bei einigen Produkten wie Fertigmahlzeiten liegt der Anteil kaum überraschend noch weit höher. Verzögerungen, Zölle, Bürokratie könnten die Wettbewerbsfähigkeit Irlands beeinträchtigen, zumal wenn die Briten ihren Markt für billige Nahrungsmittel aus Drittländern öffnen. Ich persönlich bin zuversichtlich, dass irische Firmen flexibel neue Märkte erschliessen werden, aber eine schmerzhaft Anpassungsperiode ist wohl unvermeidlich, falls es zu einem ungeordneten Brexit käme.

Ökonometrische Modelle haben nachgewiesen, dass Irland wirtschaftlich am stärksten betroffen wäre von diesem Szenario. Aber auch die Niederlande, Belgien, Deutschland müssten Einbussen hinnehmen.

Journalisten sind angetan von apokalyptischen Szenarien. Das würzt die Geschichte. Aber ich war schon immer der Meinung, dass der vertragslose Zustand, „No deal“-Brexit, den unwahrscheinlichste Ausgang dieses Dramas darstellt. Es ist das einzige Szenario, gegen das sich unschwer eine klare Mehrheit im Unterhaus findet – auch im neuen Unterhaus, würde ich unterstellen.

Doch jetzt sind wir im Wahlkampf. Das geltende Majorz-System ist auf zwei dominante Parteien – die Konservativen und Labour - zugeschnitten, die jeweils ein breites Spektrum von Meinungen und Überzeugungen beherbergen. Noch 2017 durchbrachen die beiden Parteien einen längeren Trend und vereinten über 80 Prozent aller Stimmen auf sich. Doch jetzt ist das nicht mehr gegeben. Labour und die Konservativen werden Stimmenanteile verlieren, Labour zum Teil sehr dramatisch. Die Konservativen werden auf breiter Front von Nigel Farages Brexit-Partei herausgefordert. Farage behauptet – nicht ganz nachvollziehbar -, Johnsons Brexit sei gar kein Brexit. Im Norden Englands, in traditionellen Labour-Wahlkreisen, die häufig für den Brexit gestimmt haben, bleiben die Tories vielfach toxisch; diese Wähler können das nicht mit ihrem DNA vereinbaren. Aber Farage ist als Alternative durchaus denkbar; natürlich auf Kosten Labours.

So bluten die Tories im Norden und in Wales an der rechten Flanke, in London und im Süden an die Liberaldemokraten, die vierte Kraft in diesem Urnengang.

Sie sind nun ganz auf die Linie von „Revoke“ umgeschwenkt: sie wollen das Austrittsgesuch schlicht zurückziehen. Der Brexit wäre dann einfach ein historischer Spuk gewesen, und alle könnten zur Tagesordnung übergehen.

Ja, es stimmt: Gegenwärtig haben die Konservativen unter Johnson in den Meinungsumfragen einen klaren Vorsprung vor Labour. Aber die Tories starten in einer Minderheitsposition. Sie werden ohne Zweifel den Löwenanteil der zwölf zusätzlichen, schottischen Mandate, die sie 2017 unter der liberalen und charismatischen Ruth Davidson dazugewonnen haben, wieder verlieren, denn Davidson hat das sinkende Schiff verlassen, und die schottischen Nationalisten haben ihre Formschwäche überwunden. Die Konservativen werden ferner im Südwesten Englands und im Grossraum London Sitze an die Liberaldemokraten abgeben müssen. Woher also soll die absolute Mehrheit kommen?

Doch es gibt eigentlich keinen lachenden Dritten. Denn die Labourpartei hat es unter Jeremy Corbyn nicht vermocht, sich als attraktive Alternative zu den zerstrittenen Konservativen aufzubauen. Das liegt zum einen an der Nostalgie für linke Dogmen der 1970er-Jahre, der Corbyn huldigt, zum anderen aber an der akrobatischen Brexit-Position, die derzeit gilt. Labour will im Falle einer Regierungsübernahme einen sanften oder weichen Brexit mit der EU aushandeln. Das Königreich verbliebe in der Zollunion und weiten Teilen des Binnenmarktes. Letzteres ist die offizielle Formulierung, die mich ein wenig an das Konzept von „ein bisschen schwanger“ erinnert. Aber sei's drum. Diese Einigung mit der EU wird dann dem Volk in einem zweiten Referendum vorgelegt; die Alternative wäre

der Verbleib in der EU. Aber – und hier wird die Sache bizarr – Jeremy Corbyn will weder für das eine noch das andere werben. Labour schlägt also vor, einen Brexit mit der EU auszuhandeln, den sie der Wählerschaft in einem Referendum nicht geschlossen zur Annahme empfiehlt. Kein Wunder also, dass Labour in den Umfragen eine ziemlich erbärmliche Rolle spielt. Die Partei wird, wie gesagt, Stimmen an die Brexit-Partei auf der einen Seite verlieren, auf der anderen an die Liberaldemokraten, an die Grünen, an die walisische Plaid Cymru und die schottische SNP.

Ein weiteres kommt hinzu: Der Majorz lässt sich politisch-gesellschaftlich nur dann rechtfertigen, wenn die beiden Grossparteien in sich breite Koalitionen sind. Das ist indessen kaum mehr gegeben. Corbyns Führungs-Clique ist eine Sekte geworden, bei den Tories haben sich die liberalen, zentristischen Abgeordneten mehr oder weniger freiwillig zurückgezogen. Namentlich jüngere Frauen kehren der Politik scharenweise den Rücken, weil sie der sexualisierten Beschimpfungen und der existenziellen Drohungen überdrüssig sind. Unter Johnson sind die Konservativen zur strammen Brexit-Truppe geworden, die in anderen Sachfragen klar rechtes Gedankengut vertritt. Beide Parteien sprechen folglich ein schmaleres Segment der Wählerschaft als bisher an.

Wie sich das schlussendlich in den Sitzzahlen widerspiegelt, lässt sich angesichts der Tücken des Majorzwahlrechts unmöglich vorhersagen. Der eben verkündete Rückzug der Brexit-Partei von Nigel Farage aus 317 Wahlkreisen, die 217 von den Konservativen gewonnen worden waren, schafft hier beschränkt mehr Klarheit. Seit zwei Stunden ist die Anmeldefrist für Kandidaturen verstrichen – Farage wird somit in Labour-Wahlkreisen antreten, wo die Tories ohne ihn bessere Siegeschancen hätten. Aber es ist trotzdem so: Auf der „Leave“-Seite haben wir eine Art von Bündnis. Eine so genannte Remain-Alliance, also ein Wahlpakt zwischen den Liberalen, den Grünen und den Walisern, wie wir das unlängst in einer Nachwahl beobachtet haben, ist inzwischen unter Dach und Fach, hat aber angesichts des Abseitsstehens von Labour nur marginale Auswirkungen.

Es ist seit Boris Johnsons Amtsantritt unverkennbar, dass er und sein macchiavellistischer Berater, Dominic Cummings, auf einen Wahlkampf zielen, in dem „das Volk“ in einen krassen Gegensatz gegen das Parlament, die Justiz, die Beamtenschaft, Akademia und so weiter gestellt wird. Johnson, der Absolvent von Eton und Oxford, wird die Rolle des Bannerträgers des Volkswillens spielen und für einen Austritt auf Hauen und Stechen werben. – Das ist Populismus in Reinkultur.

Labour hat eine andere Spielart des Populismus gewählt: Jeremy Corbyn greift namentlich schwerreiche Wirtschaftskapitäne an, denen er Casino-Kapitalismus und Ausbeutung vorwirft. Beide Parteien haben also irgendwelche Eliten im Fadenkreuz.

Das alles deutet erneut auf ein „Hung Parliament“, ein Parlament ohne absolute Mehrheiten. Allerdings mit einer Asymmetrie: Boris Johnson muss diese Wahl mit einer absoluten Mehrheit der Sitze gewinnen, sonst hat er verloren. Denn er wird im neuem Parlament kaum Verbündete finden. Corbyn dagegen könnte sogar an der Spitze der zweitgrössten Fraktion Koalitionspartner suchen. Aber damit will ich es bewenden lassen, denn die Halbwertszeiten von Prognosen über die britische Politik haben sich inzwischen auf infinitesimale Werte verkürzt.

Was heisst das alles für den Brexit? Nur wenn Johnson eine absolute Mehrheit gewinnt und diese ausreichend von gemässigten Kräften gesäubert sein wird, kann er seine gegenwärtige Vereinbarung ratifizieren. Das ist unwahrscheinlich. Ich befürchte, dass eine Neuwahl keinen klareren Konsens im Unterhaus über die Form des Brexit bringen wird. Wenn der Austritt überhaupt je erfolgt, wird er meines Erachtens der weichen Linie folgen, also dem Vorbild Norwegens, aber mit einer Zollunion. Dann stellt sich natürlich die Frage, was das bringt?

Europa wird also bis auf weiteres der Zankapfel der britischen Politik bleiben. Nennen Sie es Identitätspolitik, nennen Sie es Populismus: Beide Begriffe sind unscharf. In unserem Kontext bilden sie gesellschaftliche und wirtschaftliche Missstände ab, die oftmals opportunistisch und manipulativ ausgenutzt werden, um simple Auswege und Sündenböcke zu finden. Meines Erachtens war und ist der Brexit eine Art von Übersprungshandlung, um von den tiefer liegenden Problemen des Vereinigten Königreichs abzulenken.

Ein letzter Punkt noch: Der Brexit war als Austritt aus einer Union geplant, der Europäischen. Dieser Austritt, so meine ich, wird entweder gar nicht oder nur sehr oberflächlich stattfinden. Doch für die andere Union sieht es nicht so harmlos aus: Die Union des Vereinigten Königreichs. Die schottische Unabhängigkeit ist zwar 2014 gescheitert, aber sie hat durch das Brexit-Chaos neue Energie erhalten. Nicola Sturgeon, die schottische Regierungschefin, wartet nur auf eine günstige Gelegenheit für ein zweites Referendum, das diesmal mit besseren Ausgangsbedingungen startet. Sie will dieses Referendum im nächsten Jahr abhalten.

Ebenso akut bedroht ist die Zugehörigkeit Nordirlands zur britischen Union. Die irische Wiedervereinigung, die vor fünf Jahren noch ein Spielfeld für Romantiker und Terroristen war, ist zu einem ernst zu nehmenden Szenario geworden. Irland wird indessen nicht denselben Fehler wie die Briten machen, und ein binäres Referendum in Nord und Süd an den Anfang der Debatte stellen. Der Brexit hat gezeigt, wohin das führt. Statt dessen werden die Iren und die Nordiren eine lange, komplexe, sanfte Konversation darüber führen müssen, wie ein vereinigtes Irland aussehen könnte. Wie kann die britische Identität der protestantischen Nordiren in einem neuen Irland respektiert werden? Erst wenn das in Umrissen bekannt ist, dürfen Plebiszite stattfinden. - Umfragen in England zeigen, dass der Abfall Nordirlands dort auf nahezu gänzliche Gleichgültigkeit stösst. Womit wir wieder bei der Identitätspolitik wären.